

# »Digital ‚Made in Europe‘ – Jetzt oder nie?«

---

## Tagungsbericht VIII. Genshagener Forum

---

13. und 14. Juni 2019 im Schloss Genshagen

---

#ForumGenshagen



· **GENSHAGENER  
FORUM**

· für deutsch-  
· französischen Dialog

· **FORUM DE  
GENSHAGEN**

· pour le dialogue  
· franco-allemand

---

### Zusammenfassung

Die achte Ausgabe des Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog widmete sich am 13. und 14. Juni unter dem Titel »Digital ‚Made in Europe‘: Jetzt oder nie?« der Frage, wie Europa sich als Werte-, Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft im Bereich der Digitalisierung im globalen Wettbewerb besser positionieren kann. Trotz der Vertiefung des Binnenmarkts bleibt die EU im Bereich der Digitalisierung im Vergleich zu den wichtigsten chinesischen und US-amerikanischen Unternehmen weit hinter diesen zurück. Deren Bedeutung und ihr Einfluss auf den europäischen Markt nehmen mittlerweile ein so großes Ausmaß an, dass die politische und wirtschaftliche Souveränität der EU-Mitgliedstaaten ernsthaft in Frage gestellt ist. Dennoch sind einige wichtige Initiativen auf EU-Ebene im Entstehen begriffen. Deutschland und Frankreich kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Beide Länder bekennen sich im Aachener Vertrag dazu, bei der Gestaltung des digitalen Wandels stärker zusammenzuarbeiten.

Wie lassen sich der Rückstand der EU im Bereich der Digitalisierung und die geringe Wettbewerbsfähigkeit europäischer Digitalunternehmen erklären? Wird der digitale Wandel durch die Betonung europäischer Werte gebremst? Oder werden eher die Wettbewerbsvorteile eines dritten europäischen Weges oft unterschätzt? Wie können z.B. die hohen Standards des europäischen Daten- und Verbraucherschutzes sowie ethische Leitlinien und Normen in eine nachhaltige digitale Entwicklung der EU integriert werden? Inwieweit ist verstärkte Kooperation der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene – insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich – erstrebenswert, um die künftige Entwicklung der digitalen Wirtschaft mitzubestimmen? Diese und andere Fragen diskutierten die 100 Teilnehmenden aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und erarbeiteten konkrete Politikempfehlungen für Entscheidungsträger.



---

### Über das Genshagener Forum

Das Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog ist ein Projekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne, das seit 2010 gemeinsam organisiert wird. Das Forum richtet sich vornehmlich an deutsche und französische Akteure im Alter zwischen 30 und 40 Jahren aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Medien und verfolgt das Ziel, unter den aktuellen und künftigen Führungskräften beider Länder einen ergebnisorientierten Dialog zu zentralen europäischen und internationalen Zukunftsthemen zu organisieren. Die Wahl der Themen folgt drei Kriterien: einem deutlichen Aktualitätsbezug, einem in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommenen Interesse sowie einer besonderen Relevanz für die deutsche und französische Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft.

### Über die Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Als Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft und mit dem Ziel, Europa in seiner politischen Handlungsfähigkeit, sozialen Kohärenz, wirtschaftlichen Dynamik und kulturellen Vielfalt zu stärken, agiert die Stiftung in den Arbeitsbereichen »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« und »Kunst- und Kulturvermittlung in Europa«.

Im Schloss Genshagen, abseits und doch in erreichbarer Nähe der Hauptstadt Berlin gelegen, ist die Stiftung ein Ort der Begegnung und des Dialogs zwischen Akteuren aus Kunst, Kultur, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Hier entstehen neue Denkansätze und Lösungswege für aktuelle und künftige Herausforderungen in Gesellschaft und Politik – unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«

[www.stiftung-genshagen.de](http://www.stiftung-genshagen.de) | @SGenshagen

### Über das Institut Montaigne

Das Institut Montaigne ist ein gemeinnütziger Verein und Think Tank, der sich ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert. Das Institut erarbeitet konkrete Handlungsempfehlungen zu vier Politikachsen: staatliche Politik, sozialer Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit und öffentliche Finanzen. Seine Studien richten sich an die öffentlichen Entscheidungsträger. Dem Institut Montaigne gehören Unternehmenschefs, hohe Beamte, Akademiker und weitere Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen an.

[www.institutmontaigne.org](http://www.institutmontaigne.org) | @i\_montaigne

# Grußworte

**Martin Koopmann**, Geschäftsführender Vorstand, Stiftung Genshagen

**Marie Augère**, Projektleiterin, Stiftung Genshagen

**Nicolas Bauquet**, Forschungsdirektor, Institut Montaigne, Paris

**Etienne Oudot de Dainville**, Gesandter für Wirtschaftsangelegenheiten, Leiter der Finanz- und Wirtschaftsabteilung, Französische Botschaft in Deutschland, Berlin

Martin Koopmann wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, wie wenig handlungsfähig die Europäische Union momentan sei: »Der aktuelle politische Kontext könnte schwieriger nicht sein. Momentan erleben wir eine vielfache Krise.« Zu den Herausforderungen gehörten neben dem Brexit weitere Zersetzungstendenzen in der EU, wie der erstarkende Populismus, die Krise der Demokratie und die Frage der politischen Partizipation. Mit den wirtschaftlichen und technologischen Umbrüchen durch die Digitalisierung werde die soziale Frage neu aufgeworfen. Dies gefährde den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Union. Integration, Zusammenhalt, starke und verlässliche Partner – genau das brauche man jedoch, um die anstehenden Aufgaben, nicht zuletzt gegenüber der Konkurrenz aus China, Indien oder den USA, aus einer souveränen Position heraus zu bewältigen. Dazu müssten sich Deutschland und Frankreich immer wieder aufs Neue auf ihre Partnerschaft innerhalb der EU besinnen, sich konstruktiv miteinander auseinandersetzen und schwierige Themen nicht einfach aussitzen.

Das Forum soll einen Raum schaffen, um über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Implikationen der Digitalisierung auch für das Projekt der Europäischen Union nachzudenken, betonte Marie Augère, »so dass während der zweitägigen Konferenz idealerweise in gleichen Maßen über Digitales wie auch über die EU gesprochen werde«. Nicolas Bauquet wagte seinerseits einen optimistischen Blick in Zukunft: »Die Europäische Union ist zwar im Bereich der Digitalwirtschaft nicht in der Pole-Position, kann aber durch ihre gemeinsamen Werte und den starken Binnenmarkt weltweit Normen setzen und eine führende Rolle übernehmen.« Es dürfe aber nicht vergessen werden, den rechtlichen Rahmen entsprechend weiterzuentwickeln, damit der Gemeinsame Markt der EU für Wirtschaftsakteure und Verbraucher attraktiv bleibe. In diesem Zusammenhang eigne sich vor allem die deutsch-französische industriepolitische Zusammenarbeit als Rahmen, um die Digitalisierung gemeinsam voranzubringen. »Gerade im schnelllebigen Zeitalter der Digitalisierung ist Genshagen der ideale Ort um innezuhalten und produktiv über unseren Standpunkt zu einem so wichtigen Thema nachzudenken«, brachte schließlich Etienne Oudot de Dainville einen Kernaspekt des Forums auf den Punkt.



Martin Koopmann



Nicolas Bauquet



Etienne Oudot de Dainville

# »Schwerpunkte der politischen Debatte in Deutschland und Frankreich«

Zu Beginn der Konferenz skizzierten die Journalisten Jean-Christophe Ploquin, Chefredakteur von La Croix, und Anna Sauerbrey, Ressortleiterin Meinung/Causa vom Tagesspiegel, den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Kontext in Deutschland und Frankreich.

**Anna Sauerbrey**, Ressortleiterin Meinung/Causa, Der Tagesspiegel, Berlin

**Jean-Christophe Ploquin**, Chefredakteur, La Croix, Paris



Anna Sauerbrey

Anna Sauerbrey analysierte zunächst, wie schnell der mediale Hype in Deutschland um die Flüchtlingskrise wieder abgeebbt und von einem neuen Thema abgelöst worden sei: »Die Migrationsdebatte von 2015 ist verschwunden. Stattdessen hat der Klimaschutz enormen Aufwind bekommen, befeuert durch Hitzesommer und gefälschte Grenzwerte in der Automobilindustrie. Klimaschutz ist die neue Migration«, sagte die Journalistin. Die Thematik habe ein sehr hohes emotionales Potenzial und würde bereits jetzt Auswirkungen auf die Parteienlandschaft haben. Die unter Handlungsdruck geratene Politik müsse nun die richtige Balance zwischen Verantwortung und Zumutung finden, wenn sie politisch regulieren wolle. Dabei seien Zumutungen, anders als der abstrakte globale Fortschritt, für die Menschen stets lokal und konkret spürbar.

In Frankreich seien in den letzten Monaten insbesondere die sogenannte »Gelbwesten«-Bewegung und die Wahlen zum europäischen Parlament im Mai die Themen gewesen, die Politik und Gesellschaft bewegt hätten, unterstrich Jean Christophe Ploquin. Diese zwei Ereignisse seien exemplarisch für den Zusammenbruch der großen konservativen Parteien und die Entstehung neuer populistischer Kräfte. »Die Krise der Politik in Frankreich spiegelt die sehr tiefe Krise der französischen Gesellschaft wider«, so Ploquin, wobei die gesellschaftliche Mitte politisch geschwächt, extreme Linke und Rechte dagegen gestärkt würden. Die Tatsache, dass die Regierung nun ökologische Themen in den Vordergrund rücke, um die Krise der Gesellschaft ein Stück weit einzufangen, zeigte, dass sich die französische Gesellschaft diesbezüglich der deutschen annähert.



Jean-Christophe Ploquin

## Keynote Jürgen Neyer: »Europas Weg in die digitale Gesellschaft: wertegebunden und selbstbewusst«

Jürgen Neyer, Vizepräsident für Internationales und European New School of Digital Studies (ENS), Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Dass die digitale Technologie kein wertfreies Allheilmittel gegen globale Herausforderungen und die Probleme der Menschheit sei, wie es sich viele Menschen in der Pionierzeit des Internet erträumt hätten, machte Professor Jürgen Neyer zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen. »Das Internet hat schon lange seine Unschuld verloren, Technologie ist nicht wertfrei«, so Neyer. Die digitalen Netze seien das Betriebssystem der Gesellschaft. Die seien voller Dissonanzen und Konflikte, wie auch die reale politische Welt kontroverser geworden sei und sich bislang nicht etwa die Demokratie als universale Spielregel durchgesetzt habe. Der weltweit zu beobachtenden »autoritären Versuchung« entsprächen digitale Instrumente, mit denen Regierungen die Gesellschaft kontrollieren wollten. Und dies über die Grenzen des eigenen Landes hinaus, wie der Streit um die Expansion des chinesischen Internetkonzerns Huawei illustriere.



Jürgen Neyer

Statt einer konfrontativen Abgrenzung, wie sie beim Konzept der strategischen Autonomie zu beobachten sei, warb Neyer für eine »integrative Digitalpolitik«, also eine digitale Strategie der Verflechtung. In der globalisierten Welt entstehe Sicherheit durch Vertrauen, Verflechtung und »kooperative Schnittstellen«. Er rief in Erinnerung, dass genauso auch die deutsch-französische Freundschaft aufgebaut sei. »Wir müssen die Zeit der politischen Monster überwinden.« Die Europäer müssten sich ihrer normativen Eigenständigkeit vergewissern und selbstbewusst ihren Weg gehen, der sich sowohl von dem libertären Weg des Silicon Valley als auch von dem autoritären Weg Chinas klar unterscheidet. Warum sollte sich die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration nicht auf digitale Produkte anwenden lassen? »Die Technik muss einen Beitrag zu Demokratie und Menschenrechten leisten. Effizienz wird erst dann wertvoll, wenn sie sich auf Werte bezieht«, sagte Neyer. Es gelte bei allen technischen Schritten, die humane Autonomie gegenüber der Künstlichen Intelligenz zu wahren.

## Debatte: »Die Zeit drängt – Ethik, Wettbewerbsfähigkeit, Souveränität: Was steht für Europa auf dem Spiel?«

Sind wir, was die »digitale Souveränität« der Staaten betrifft, ins Hintertreffen geraten? Ist auf diesem Gebiet schnelles Handeln erforderlich? Und welche Prioritäten sind im europäischen Rahmen zu setzen? Ulrike Heindl eröffnete die Diskussionen mit grundsätzlichen Leitfragen zur europäischen Digitalwirtschaft. Die Digitalisierung produziere wie andere technologische Umbrüche Gewinner und Verlierer; »China ist auf dem Vormarsch«, warnte Bernhard Rohleder. So habe sich der Technologiekonzern Huawei bei den weltweiten Verkaufszahlen von Mobiltelefonen auf Platz zwei vorschieben können. Die heimische Digitalwirtschaft habe dagegen stark abgebaut, große Namen suche man da vergebens. Von ehemals 200.000 in Deutschland sei die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich auf 20.000 zurückgegangen. Mit dem Verlust technologischer Innovationskraft und industrieller Führungsrolle in diesem Bereich gehe auch ein Verlust staatlicher Souveränität einher.

»Ein Land, das die eigenen Datenströme nicht mehr kontrolliert, hat einen wesentlichen Teil seiner Souveränität verloren«, sagte Rohleder. Wollten die Europäer diesen Abwärtstrend aufhalten, bräuchten sie umgehend mehr qualifizierte Arbeitskräfte. Staatliche und private Bemühungen müssten dabei Hand in Hand gehen. Es sei zudem das Gebot der Stunde, gezielt in Forschung und Entwicklung zu investieren. US-Unternehmen wie Google und Facebook hätten vorgemacht, wie große Research Units aufgebaut werden. Auch Europa bräuchte mehr wettbewerbsfähige Unternehmen, die innovative Produkte hervorbrächten und ihre Stärken im Bereich Forschung und Entwicklung hätten, mahnte Rohleder. Stefan Heumann äußerte sich ebenfalls besorgt darüber, wie sehr Europa gegenüber den USA und China im Rückstand sei. Die Stärke der EU sei die regulatorische Kraft ihres großen Marktes mit fast 500 Millionen Nutzern. »Auf diesem Markt müssen wir technologisch mitspielen; auch, um eigene Standards zu setzen, und so die eigenen Werte durchsetzen zu können.« Noch bastelten die einzelnen EU-Länder unkoordiniert an Lösungen. »Das können wir uns nicht mehr leisten, die Zeit läuft davon.«

Angela Stanzel warb schließlich dafür, dass Europa gegenüber dem großen Wettbewerber China selbstbewusst den eigenen Weg vertreten solle. »In China wird die Digitalisierung dazu genutzt, das gesamte Land zu kontrollieren. China kann mit uns konkurrieren, weil bestimmte Werte dort weniger bedeuten als bei uns. Aber der Autoritarismus bremst China auch«, zeigte sich die Asienexpertin überzeugt. »Wir müssen versuchen, technologisch mitzuhalten und gleichzeitig unsere Werte aufrecht zu halten.« Innerhalb der EU sei es trotz großer nationaler Unterschiede möglich, sich zu einigen. »Das Datenschutzgesetz ist eine gute Sache – auch, wenn die EU noch mit dem fine-tuning beschäftigt ist. China wird diese Regeln in der EU ernst nehmen, weil es hier verkaufen will.«

**Ulrike Heindl**, Partner, OnePoint, Paris

**Bernhard Rohleder**, Hauptgeschäftsführer, Bitkom e.V., Berlin

**Angela Stanzel**, Senior Policy Fellow Asien, Institut Montaigne, Paris

**Stefan Heumann**, Geschäftsführer, Stiftung Neue Verantwortung, Berlin

**Moderation:**

**Janosch Delcker**, Artificial Intelligence Correspondent, Politico, Berlin



Bernhard Rohleder



Ulrike Heindl

## Keynote Guy Maugis: »Welche zukünftige Industriestrategie braucht Europa im digitalen Zeitalter?«

**Guy Maugis**, Präsident der  
Deutsch-Französischen Industrie- und  
Handelskammer, Paris

Guy Maugis erinnerte an den erfolgreichen Export europäischer, qualitativ hochwertiger Industriegüter in die ganze Welt. Zwar habe der Untergang der Elektroindustrie in Europa in den 1980er Jahren eine enorme Frustration ausgelöst, der Binnenmarkt sei immer noch sehr fragmentiert und Produkte müssten kulturell und sprachlich angepasst werden. Dennoch erlebten wir nun den Aufstieg der »Industrie 4.0«, des »Internet der Dinge« und des 3D-Druckers. So wie Europa in der Vergangenheit bei bestimmten Entwicklungen den Anschluss verloren habe, könne die europäische Industrie auch heute wieder an neue Trends anknüpfen und zur internationalen Avantgarde aufschließen.

Dafür müsse sich Europa jedoch mit einer neuen Industriestrategie im digitalen Bereich gegenüber der Konkurrenz besser aufstellen und vor allem die Bedingungen für Start-ups verbessern, die das Potenzial hätten, einmal groß und stark zu werden. Diese gezielte Förderung müsse Teil einer zukunftsfähigen europäischen Industriestrategie sein. Vor allem aber gelte es, in die Ausbildung der Menschen zu investieren und zu versuchen, kluge Köpfe für Europa zu gewinnen: »Die intellektuellen Ressourcen sind der strategische Dreh- und Angelpunkt«, so der Präsident der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer.



Guy Maugis

# Gesprächskreis 1: »Die Macht der Regulierung: Schlüssel einer europäischen Strategie für die Digitalwirtschaft?«

(Chatham House Rule)



von links: Christoph Busch, Benoît Thieulin, Théophile Lenoir, Paul-Jasper Dittrich

**Benoît Thieulin**, Leiter des französischen Nationalen Digitalrats von 2012 bis 2016, Paris

**Paul-Jasper Dittrich**, Policy Fellow, Jacques Delors Institute, Berlin

**Rapporteur:**

**Christoph Busch**, Professor für europäisches und deutsches Privat- und Wirtschaftsrecht, Universität Osnabrück

**Moderation:**

**Théophile Lenoir**, Policy Officer – Medien und Digitales, Institut Montaigne, Paris



## Gesprächskreis 2: »Deutsch-französisches Labor: Wie können wir europäische Wert- schöpfung im digitalen Zeitalter neu denken?«

**Sébastien Massart**, Strategie Geschäftsführer,  
Dassault Systèmes, Paris

**Martin Henrik Baier**, Head of Executive Office of  
Management Board, Siemens AG, München

**Rapporteur:**

**Katharina Hölzle**, Professorin für  
Innovationsmanagement und Entrepreneurship,  
Universität Potsdam

**Moderation:**

**Stefan Heumann**, Geschäftsführer,  
Stiftung Neue Verantwortung, Berlin



Katharina Hölzle



# Gesprächskreis 3: »Humankapital in Zeiten der Künstlichen Intelligenz: Wie kann ein inklusiver Übergang gestaltet werden?«

(Chatham House Rule)



Christian Bergmann, José Cotta

**José Cotta**, Referatsleiter – Industrie 5.0,  
Generaldirektion Forschung und Innovation der  
Europäischen Kommission, Brüssel

**Rapporteur:**

**Marc Fargeas**, Verantwortlicher  
Strategische Studien und Innovationsprojekte,  
Malakoff Médéric, Paris

**Moderation:**

**Christian Bergmann**, Projektmanager,  
Das Progressive Zentrum, Berlin



## Debatte: »Demokratie 4.0 – Chance einer europäischen Öffentlichkeit oder Gefahr durch Desinformation?«

**Matthias Spielkamp**, Geschäftsführer, AlgorithmWatch, Berlin

**Laure de La Raudière**, Abgeordnete, Agir, la droite constructive, Paris

**Annegret Bendiek**, stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe EU/Europa, SWP, Berlin

**Jean -François Fogel**, Journalist, Direktor des Exekutiven Masters für Digital- und Medienmanagement, Sciences Po, Paris

### Moderation:

**Thomas Wieder**, Korrespondent, Le Monde, Berlin

Mit der Beschleunigung der Digitalisierung hat sich eine weite Flanke in sämtlichen Bereichen des Lebens und der staatlichen Regulierung geöffnet, vom Datenschutz bis zur Innen- und Sicherheitspolitik. Wie sehr Internet und soziale Medien ein Gewinn für Demokratie und Öffentlichkeit in Europa darstellen und wie man negativen Effekten begegnet, diesen Fragen ging die dritte Podiumsdiskussion des Genshagener Forums nach.

Annegret Bendiek mahnte, die öffentliche Meinung, die politische demokratische Willensbildung und Wahlen besser vor IT-gestützter Desinformation zu schützen. »Was machen wir mit Wahlen, wenn die Infrastruktur des politischen Prozesses in privater Hand liegt?« Die europäischen Kartellbehörden müssen die Entwicklung unbedingt im Auge behalten. Dagegen argumentierte Laure de La Raudière, französische Abgeordnete, Facebook sei das Fernsehen von heute, die sozialen Medien selbstverständlicher Teil der öffentlichen Debatte, eine qualitativ neue Form der politischen Beteiligung, die für alle offen sei und mehr Gleichheit schaffe. Natürlich verfügten Algorithmen über einigen Einfluss, der zunächst jedoch noch präziser gemessen werden müsse, aber daraus dürfe keine Verteufelung und Überregulierung der neuen Medien resultieren.



Matthias Spielkamp, Laure de La Raudière

In der Tat solle man den Einfluss sozialer Medien auf die Meinungsbildung nicht überschätzen, mahnte Matthias Spielkamp, da die Menschen durch zahlreiche andere Nachrichtenquellen beeinflusst würden. Von den sozialen Medien werde viel Gegensätzliches verlangt: So fordere man von ihnen gleichzeitig mehr, aber auch weniger Macht. Sie sollten schnell »schlechte« Inhalte herausfiltern, andererseits aber auch wieder nicht als mächtige Verstärker auftreten. Er warnte vor einer übereifrigen Gesetzgebung: »Zunächst müssen wir besser verstehen, wie genau die öffentliche Meinung durch die sozialen Medien beeinflusst wird. Wir müssten die Unternehmen durch Regeln dazu zwingen, mehr über ihre Algorithmen preiszugeben.«



Annegret Bendiek

Jean-François Fogel wies allerdings auf grundlegende Veränderungen und Verwerfungen im Internet hin. Die Position der heutigen Leitmedien werde schwinden: »Das klassische mediale top down-System, das bislang auch unsere Demokratie getragen hat, wurde durch ein dezentrales, horizontales Modell abgelöst.« Durch das neue Nebeneinander habe sich auch die Art und Struktur von Debatten verändert und das strahle auf die Politik aus. Da müsse der Staat jetzt – nach gründlicher Abwägung aller Fakten, Interessen und Konsequenzen – nachregulieren.

# Schlussdebatte: »Digital ‚Made in Europe‘ – Welche deutsch-französischen Perspektiven?«



**Serge Abiteboul**, Vorstandsmitglied,  
franz. Regulierungsbehörde für elektronische  
Kommunikation und die Post (Arcep) und Direktor  
des Forschungsinstituts inria, Paris

**Iris Plöger**, Mitglied der Hauptgeschäftsführung,  
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI),  
Berlin

**Andreas Gebhard**, Gründer und CEO,  
re:publica, Berlin

**Nicolas Bauquet**, Forschungsdirektor,  
Institut Montaigne, Paris

**Moderation:**  
**Ina Karabasz**, Handelsblatt, Köln

Als Auftakt der Schlussdebatte präsentierten die Rapporteurs der drei Gesprächskreise ihre Erkenntnisse und Ergebnisse. So wurde unter anderem empfohlen, das Wettbewerbsrecht der EU im Bereich der Digitalisierung für die Vervollständigung des digitalen Binnenmarkts zu ergänzen. Statt die amerikanische Konkurrenz im Bereich der Datenplattformen überholen zu wollen, sollte im Mittelpunkt der europäischen Debatte viel mehr die Frage stehen, zu welchem Zweck Daten gesammelt und verarbeitet werden sollten. Datensammlungen kommerzieller Anbieter, die von öffentlichem Interesse seien – beispielsweise aus den Bereichen Verkehr oder Gesundheit – müssten für öffentliche Zwecke zugänglich gemacht werden. Die Frage, ob die Datenökonomie allgemein unter öffentlicher Aufsicht oder in den Händen der Wirtschaftsakteure bleiben sollte, blieb im Forum umstritten. Hinsichtlich der Bekämpfung von Hasskommentaren und extremistischen Inhalten wurde eine enge Zusammenarbeit staatlicher Stellen, der Plattformbetreiber und der Zivilgesellschaft empfohlen.

Neben den regulatorischen und wirtschaftlichen Fragen reflektierte das Genshagener Forum auch die sozialen Folgen der technischen Entwicklungen für die Gesellschaft. So waren sich die Teilnehmenden einig, dass eine Bereitschaft des Einzelnen zu lebenslangem Lernen sowie moderne Bildungsangebote Schlüsselfaktoren für die erfolgreiche Bewältigung der Digitalisierung seien. Sie sahen außerdem die Chance, dass auf Basis der europäischen Werte und Ziele eine starke europäische Digitalwirtschaft entstehen könne, offen und vernetzt mit dem Rest der Welt, aber doch anders als in den USA und China. Deutschland und Frankreich könnten mit dem »Rhine Valley« vorangehen. Auf einer »Open Innovation Plat-



Stefan Heumann



Serge Abiteboul, Iris Plöger

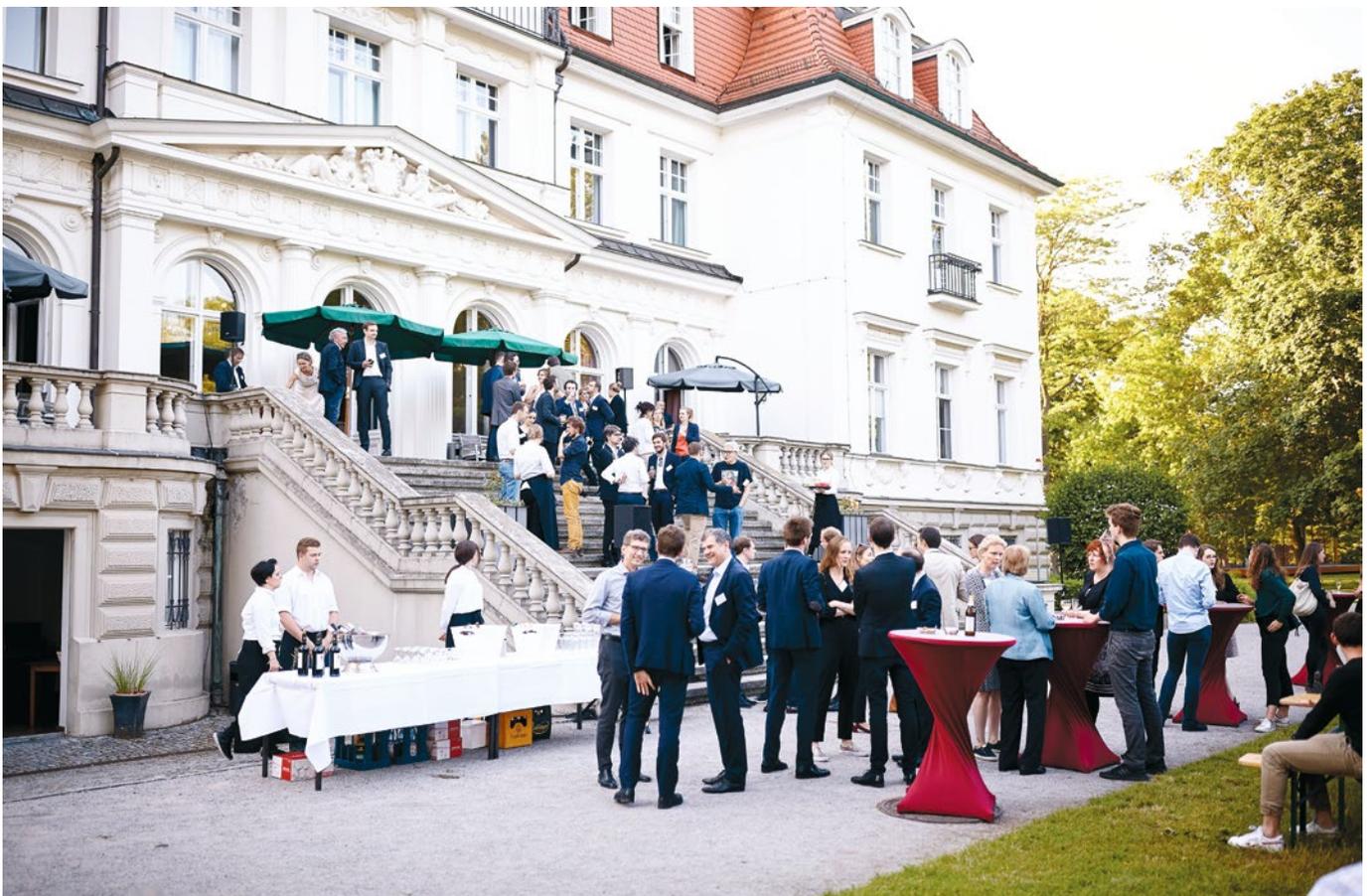


Andreas Gebhard

---

form« könnten sich kleine und große Unternehmen miteinander vernetzen, Erfahrungen austauschen und neue Geschäftsmodelle diskutieren. »Together we can« könnte das europäische Leitmotiv in der digitalen Welt sein.

In der Schlussdebatte unterstrich Iris Plöger die Innovationsstärke der Unternehmen: »Konkrete politische Vorgaben brauchen wir nicht. Nicht alles im öffentlichen Bereich muss reguliert werden.« Was man dagegen brauche, sei ein größeres öffentliches Vertrauen, dass man seitens der Wirtschaft Lösungen für den Umgang mit neuen Herausforderungen finden werde. Staat und Wirtschaft müssten im Bereich der Bildung, beginnend in der Schule, gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Auch Andreas Gebhard sah es als zentrale Aufgabe, die Menschen zu ermutigen, die Digitalisierung als Chance zu begreifen, um beispielsweise mit Veränderungen wie der alternden Gesellschaft zurechtzukommen. Bei allen Risiken gehe es ihm darum, die Gesellschaft als Ganzes mitzunehmen und ein positives Narrativ der Digitalisierung zu entwickeln, statt einen »Rückzugskampf der Regulierung« zu führen. Es gehe darum, unter dem Stichwort »Tech for good« den Menschen einen offenen Zugang zu Plattformen (Open source) zu bieten, in denen, unter anderem über zeit-



.....

gemäße Bildungsangebote, eine offene Teilhabe ermöglicht werde und die Menschen so in die Lage versetzt würden, den Prozess und die Möglichkeiten der Digitalisierung intellektuell zu erfassen: »Wir müssen die Leute netzfest machen.«

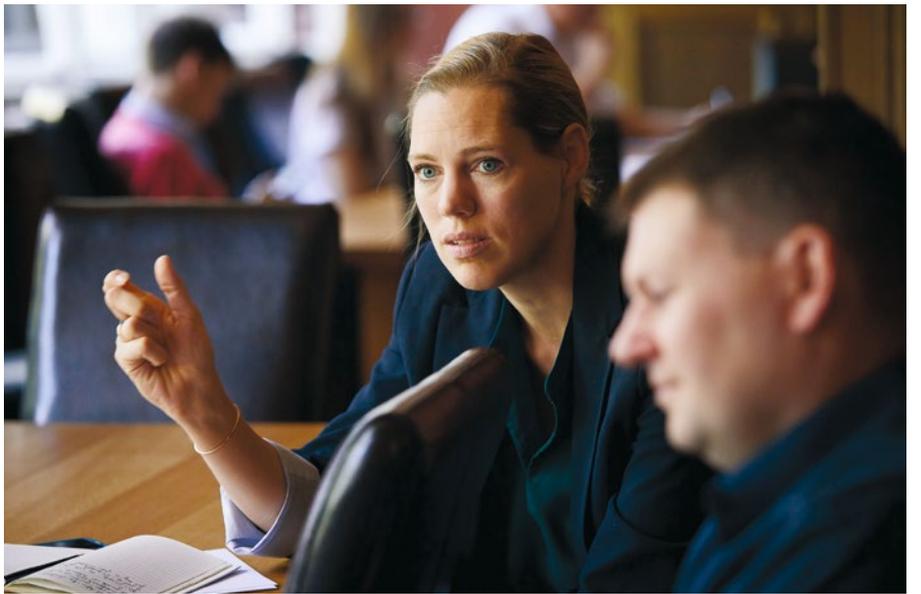
**Thomas Kralinski**, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund und für Medien und Internationale Beziehungen, Berlin

Nicolas Bauquet schlug als erste Ergebnisse dieser zwei diskussionsreichen Tage einige Perspektiven vor. Bei einer so komplexen und dynamischen Aufgabenstellung wie der Regulierung im Bereich des Data sharing erscheine es sinnvoll, zunächst eine Reflexionsgruppe auf europäischer Ebene einzurichten, wie es eine der drei Arbeitsgruppen der Tagung empfohlen habe. Die Industrie könne dagegen ein Innovationsfonds aus privaten und öffentlichen Mitteln und eine Agenda mit Prioritäten und den anstehenden Aufgaben entwickeln, so der Vorschlag der zweiten Arbeitsgruppe. Um den Arbeitsmarkt für die Herausforderungen der Digitalisierung fit zu machen, gelte es vor allem, das Bildungssystem EU-weit zu stärken.

Das Schlusswort des Forums sprach Thomas Kralinski, Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund für Medien und internationale Beziehungen. Er unterstrich die konkrete, lokale Bedeutung der Digitalisierung für Regionen in Europa und wie sehr sie in einem dünn besiedelten Flächenland wie Brandenburg helfe, das Leben einfacher und gerechter zu machen, indem sie dazu beitrage, das Gefühl des Abgehängtseins bei vielen Menschen zu überwinden. So stelle die Digitalisierung sowohl für die EU als auch für die Regionen mit ihren ländlichen Räumen eine große Chance dar, die es zu nutzen und auszubauen gelte.



Thomas Kralinski





---

**Eine Veranstaltung der Stiftung Genshagen und  
des Institut Montaigne:**

Stiftung Genshagen  
Am Schloss 1  
D-14974 Genshagen

Tel. + 49 (0)3 37 88 05 931  
Fax. + 49 (0)3 37 88 70 013  
[www.stiftung-genshagen.de](http://www.stiftung-genshagen.de)  
[institut@stiftung-genshagen.de](mailto:institut@stiftung-genshagen.de)



Institut Montaigne  
59, rue La Boétie  
F-75008 Paris

Tel. + 33 (0)1 58 18 39 29  
Fax. + 33 (0)1 58 18 39 28  
[www.institutmontaigne.org](http://www.institutmontaigne.org)  
[info@institutmontaigne.org](mailto:info@institutmontaigne.org)

INSTITUT  
MONTAIGNE



---

**Kontakt**

Marie Augère  
Projektleiterin  
[augere@stiftung-genshagen.de](mailto:augere@stiftung-genshagen.de)  
+49 (0)3378 80 59 36

Théophile Lenoir  
Policy Officer -  
Medien und Digitales  
[tlenoir@institutmontaigne.org](mailto:tlenoir@institutmontaigne.org)  
+33 (0)6 74 44 67 14

---

**Design**

Bille-Designteam

---

**Fotos**

© Stiftung Genshagen | René Arnold

---

Gefördert durch:



---

In Kooperation mit:



---

In Partnerschaft mit:



---

Deutsch-Französischer Zukunftsdialog:



